

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
12/2015*



Liebe FreundInnen!

am Mittwoch und Donnerstag ist der Nationalrat zu seinen letzten Sitzungen in diesem Jahr zusammengekommen. Themen waren u.a. bessere Regeln für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Abschaffung unfairer Vertragsklauseln in Arbeitsverträgen und eine Wohnbauoffensive für 30.000 neue Wohnungen.

Außerdem hat das Parlament mehrheitlich einen von mir eingebrachten Antrag unterstützt, in dem der Außenminister dazu aufgerufen wird, angesichts der vielen weltweiten Krisen die UNO auf allen Ebenen zu stärken und ins Zentrum des außenpolitischen Handelns zu stellen.

Mit dem Ende der Sitzung am späten Donnerstagabend ist das Parlament jedoch noch nicht in die Weihnachtspause gegangen. In der nächsten Woche wird noch eine ganze Reihe von Ausschüssen stattfinden, in denen wir bereits die Gesetzesvorhaben für die anstehenden Plenarsitzungen im Januar beraten und vorbereiten werden. Unter anderem tagen der EU-Hauptausschuss zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 17. und 18. Dezember, mit Bundeskanzler und Außenminister und der Hauptausschuss. Im Hauptausschuss wird es vor allem darum gehen, die Entsendungen österreichischer SoldatInnen und weiterer Fachkräfte zu EU- und UN-Missionen – u.a. in Mali, Zentralafrika, in Georgien und im Kosovo – zu verlängern.

Ich wünsche Euch allen erholsame Feiertage und einen guten Rutsch in das Neue Jahr 2016!

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!! Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Top-Themen

Öffentliche Aufträge: Bestbieter statt Billigstbieter

Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** wird künftig nach dem Bestbieterprinzip und nicht – wie bisher – nur **nach dem Billigstbieterprinzip** erfolgen. Das hat die SPÖ nach harten Verhandlungen durchgesetzt. Öffentliche Auftraggeber (Bund, Länder, Gemeinden) **müssen bei Aufträgen an Unternehmen auch Qualitätskriterien, Folgekosten und soziale Aspekte berücksichtigen**, wie kürzere Bauzeit, geringere Umweltbelastung oder Sozialkriterien wie die **Beschäftigung älterer Arbeitnehmer**. Damit gibt es **mehr Fairness** und **weniger Lohn- und Sozialdumping**. **Regionale Unternehmen** haben damit bessere Chancen auf große Aufträge. Wichtig ist auch, dass mögliche Subunternehmen künftig schon beim Angebot genannt werden müssen.

Arbeitsrechts-Paket: Schluss mit unfairen Vertragsklauseln

Mit den Änderungen im Arbeitsrecht werden wichtige Maßnahmen gegen unfaire Vertragsklauseln beschlossen. Ab 2016 muss etwa bei **All-In-Verträgen** der **Grundlohn für die Normalarbeitszeit klar ausgewiesen** werden. Damit können alle ArbeitnehmerInnen nachprüfen, ob ihre Mehrarbeitsstunden ausreichend abgedeckt sind. **Konkurrenzklausele**n werden auf Spitzenpositionen beschränkt und sind erst ab einem Einkommen von **3.100 Euro brutto** zulässig. **SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch**: "Das erleichtert den Wechsel des Dienstnehmers. Das Konkurrenzverbot wird auf Spitzenpositionen beschränkt." Außerdem wird die Rückforderung von Ausbildungskosten klarer geregelt und das **Recht auf einen Lohn- bzw. Gehaltszettel** einklagbar.

Wohnbauoffensive für 30.000 neue Wohnungen

Mit der Errichtung der Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) werden in Zukunft zusätzliche Mittel für den Wohnbau vergeben. **Rund 30.000 zusätzliche leistbare Wohnungen** können dadurch in den kommenden Jahren errichtet werden. Die Kostenvorteile werden unmittelbar an die WohnungsmieterInnen weitergegeben. Vorteile für die MieterInnen bringt auch die Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG): Die MieterInnen müssen in Zukunft nur mehr für **Kleinstreparaturen** sorgen. Alles andere muss **vom Vermieter** abgedeckt werden. **Alters-, behinderten- oder kindergerechte Maßnahmen**, wie etwa ein Aufzug oder ein Kinderwagenabstellplatz, können mit **einfacher Mehrheit** der Wohngemeinschaft beschlossen werden. Für **SPÖ-Bautensprecherin Ruth Becher** setzt die Reform **Impulse für den gesamten österreichischen Wohnungsmarkt**: "Damit wird der gemeinnützige Wohnbau gestärkt und die Rechte der MieterInnen werden ausgebaut."

Alle Beschlüsse und Berichte

NR-Sitzung vom 09. Dezember 2015

Investitionen in den Wohnbau und mehr Mitbestimmung für MieterInnen ([965 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Gemeinnützigkeitsgesetz – Erleichterungen für gemeinnützige Stiftungen ([934 d.B.](#))

Mit dem Gemeinnützigkeitsgesetz werden bürokratische Hürden für gemeinnützige Organisationen und Stiftungen abgebaut. Steuerliche Erleichterungen werden zur Mobilisierung von Kapital für Wissenschaft, Forschung und andere gemeinnützige Zwecke geschaffen. Außerdem wird die Möglichkeit, Spenden steuerlich abzusetzen, auf Kunst- und Kultureinrichtungen ausgeweitet, wenn diese Einrichtungen auch öffentliche Förderungen bekommen.

Neues Normengesetz fördert Wirtschaftswachstum und bringt bessere Chancen für KMU ([935 d.B.](#))

Mit der Novellierung des Normengesetzes wird eine langjährige SPÖ-Forderung umgesetzt. Mit den ersten umfangreichen Änderungen seit 1971 wird das Gesetz re-

formiert, entrümpelt und modernisiert. Es kommt zu einer Eindämmung der Normenflut, mehr Transparenz, einer verbesserten Vertretung von Bund, Ländern und Gemeinden und einem erleichterten Zugang zum Normungsprozess für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Außerdem gibt es künftig ein Einspruchsrecht gegen Normenanträge sowie die gesetzliche Verankerung einer Schiedsstelle. Im Wohnbereich kann es durch die Verschlankung der Normen zu geringeren Baukosten - und damit mehr leistbaren Wohnungen – kommen.

Reform der Gewerbeordnung – Bessere Information bei Immobilienkrediten [\(936 d.B.\)](#)

Diese Novelle der Gewerbeordnung bringt u.a. neue Regeln für Wohnimmobilienkredite. KreditnehmerInnen sollen in Zukunft mehr Zeit haben, über einen Wohnimmobilienkredit zu entscheiden. Sie sollen generell besser darüber informiert werden und die KreditgeberInnen und VermittlerInnen müssen höhere Standards im direkten KundInnenkontakt einhalten. Außerdem gelten künftig strengere Bedingungen für die Kreditwürdigkeit der Kunden.

Änderungen beim Maß- und Eichgesetz [\(937 d.B.\)](#)

Mit der Novelle wird das Maß- und Eichgesetz an EU-Recht angepasst. So wird u.a. eine notifizierende Behörde zur Durchführung von Notifizierungsverfahren für Stellen im Bereich von Messgeräten und nichtselbsttätigen Waagen geschaffen.

Sicherheit für unter Druck stehende Geräte [\(938 d.B.\)](#)

Auch beim Druckgerätegesetz, das das bisherige Kesselgesetz ersetzt, geht es um die Umsetzung von EU-Regeln. Inhalt ist u.a. die Aufrechterhaltung des bestehenden hohen Sicherheitsniveaus für druckführende Geräte, die sich bereits in Betrieb befinden.

Bildungsforschung: Bifie-Institut wird auf neue Beine gestellt [\(921 d.B.\)](#)

Das "Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens" wird reformiert: Die Novelle bringt schlankere Strukturen, beseitigt strukturelle Schwächen wie die Doppelleitung und führt dazu, dass sich das Bifie auf seine Kernaufgabe – die angewandte Bildungsforschung (Bildungsstandards, internationale Vergleichstests) – konzentrieren kann. Gleichzeitig wandert die Zuständigkeit für die Entwicklung und Auswertung der Zentralmatura wieder zurück

ins Unterrichtsministerium. Die Reform berücksichtigt auch die Anregungen des Rechnungshofes: Die Abschaffung des Doppeldirektoriums, die schrittweise Reduktion der Standorte und Einsparungen beim Budget sollen die Arbeit des Instituts effizienter machen, mit einem Fokus auf die wissenschaftliche Ausrichtung der Arbeit.

Jugendstrafrecht – Haft für Jugendliche vermeiden [\(929 d.B.\)](#)

Ziel der Novelle des Jugendgerichtsgesetzes ist es, die U-Haft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überhaupt zu vermeiden oder zu verkürzen. So soll künftig bei Straftaten, die in die Zuständigkeit von Bezirksgerichten fallen, die U-Haft von vornherein ausgeschlossen sein. Richter und Staatsanwälte müssen künftig begründen, warum der Zweck der Untersuchungshaft nicht durch gelindere Mittel erreicht werden kann. Ein Strafaufschub für Ausbildungszwecke ist außerdem künftig länger möglich. Mit der Reform geht einher, dass die Strafuntergrenzen für junge Erwachsene bis 21 Jahre an jene bei Jugendlichen angeglichen werden. Außerdem wird die gesetzliche Grundlage für die so genannten Sozialnetzkonferenzen geschaffen: Einrichtungen wie "Neustart" oder die Jugendgerichtshilfe binden die Familie bzw. das unmittelbare soziale Umfeld des betroffenen Jugendlichen ein, um den Jugendlichen zu unterstützen.

Gerichtsgebühren sinken [\(932 d.B.\)](#)

Einzelne Gerichtsgebühren werden gesenkt, ein Teil der Abfragen beim Firmenbuch wird überhaupt kostenlos. Weniger Gerichtsgebühren werden künftig bei Rechtsmitteln im Exekutionsverfahren, im Insolvenzverfahren, in Pflegschafts- und Unterhaltssachen sowie im Außerstreitverfahren fällig.

Abgabenänderungsgesetz 2015 [\(907 d.B.\)](#)

Das Abgabenänderungsgesetz 2015 enthält v.a. administrative Anpassungen, inhaltliche Änderungen betreffen u.a. die Wiedereinführung des Wahlrechts bei der Einlagenrückzahlung und die Neuregelung der Wegzugsbesteuerung.

Mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit [\(910 d.B.\)](#)

Österreich erhöht seinen Beitrag für Entwicklungszusammenarbeit bei internationalen Entwicklungsfonds wie dem Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung oder der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft.

Strengere Regeln beim Wertpapier-Handel ([908 d.B.](#))

Mit einer Änderung u.a. des Börsegesetzes werden Regeln zum Handel mit Aktien an EU-Vorschriften angepasst. Wenn die Informationspflicht oder Transparenzregeln beim Wertpapier-Handel verletzt werden, drohen hohe Strafen.

Weitere Etappe zur Umsetzung der Bankenunion ([909 d.B.](#))

Mit Änderungen in verschiedenen Kapitalmarktgesetzen wird die Bankenunion Schritt für Schritt weiter umgesetzt und die Regelungen zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus werden vervollständigt. Die von der Europäischen Zentralbank beaufsichtigten Banken und Institute werden, wenn sie insolvent sind, von einem eigenen Ausschuss auf EU-Ebene abgewickelt. Dieser Ausschuss ist auch den nationalen Parlamenten rechenschaftspflichtig und muss mit der Finanzmarktaufsicht zusammenarbeiten.

Poststrukturgesetz ([911 d.B.](#))

Mit dieser Änderung des Poststrukturgesetzes soll die Rechtsstellung von Postbeamten, die bei der Teilprivatisierung von Post und Telekom übernommen wurden, geklärt werden. Damit soll ein rechtlicher Konflikt zwischen Bund einerseits und Post und Telekom andererseits bereinigt werden.

Erhöhung der Kostenerstattung für Betreuung von AsylwerberInnen ([917 d.B.](#))

Die Kostenhöchstsätze für die Grundversorgung von AsylwerberInnen werden angehoben. Am deutlichsten angehoben wird der Kostenersatz für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtling in kleinen Wohngruppen bis zu 10 Personen, und zwar von 77 Euro auf 95 Euro pro Tag. Bei einem höheren Betreuungsschlüssel (1:15 bzw. 1:20) beträgt das Plus hingegen lediglich 1,50 € täglich. Außerdem wird der Tagsatz für die Unterbringung und Verpflegung von Erwachsenen in organisierten Unterkünften angehoben – von derzeit 19 Euro auf 20,5 Euro rückwirkend ab Anfang Oktober und auf 21 Euro ab Jänner 2016.

Arbeitsrechts-Änderungsgesetz 2015 – Verbesserung für ArbeitnehmerInnen
[\(948 d.B.\)](#) – s. Top-Themen

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie [\(951 d.B.\)](#)

Mit Änderungen beim Mutterschutzgesetz und beim Väter-Karenzgesetz werden wichtige Forderungen der ArbeitnehmerInnen-Vertretung umgesetzt: Für Frauen, die eine Fehlgeburt hinter sich haben, gilt in Zukunft ein vierwöchiger Kündigungs- und Entlassungsschutz. Freie DienstnehmerInnen haben neben dem Anspruch auf Wochengeld nun auch Anspruch auf Freistellung direkt vor und nach der Geburt laut Mutterschutzgesetz. Bei der Elternteilzeit wird eine Bandbreite eingeführt: Die individuelle Normalarbeitszeit muss um mindestens 20 Prozent reduziert werden; die verbleibende Arbeitszeit muss mindestens 12 Stunden betragen.

Änderungen im Sozialrecht – Karenz für Pflegeeltern [\(953 d.B.\)](#)

Das Sozialrechtsänderungsgesetz 2015 enthält eine Reihe von Gesetzesänderungen: Unter anderem wird das Reha-Geld neu berechnet, was bei manchen BezieherInnen zu einem höheren Bezug führt. Pflegende Angehörige haben künftig mehr Möglichkeiten zur Selbstversicherung. Außerdem haben Pflegeeltern künftig Anspruch auf Karenz und Elternteilzeit, auch wenn sie die Kinder unentgeltlich und ohne Adoptionsabsicht oder Adoptionsmöglichkeit aufnehmen.

Bürgerinitiative zu "Keine Kürzung der AMS-Mittel für den (Erwachsenen-) Ausbildungsbereich" [\(960 d.B.\)](#)

In der Bürgerinitiative wird der Nationalrat ersucht, in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit mehr Mittel für Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Vorgeschlagen wird unter anderem das AMS-Budget durch Herausnahme der Bedeckung der Beihilfen für Kurzarbeit zu entlasten – dieser Intention wurde bereits entsprochen.

Auslands-Gedenkdienst auch für Frauen [\(959 d.B.\)](#)

Die Kompetenzen für Gedenk- und Friedensdienste im Ausland im Freiwilligengesetz verankert und wandern damit vom Innenministerium ins Sozialministerium. Po-

sitive Folge davon ist, dass diese Gedenkdienste im Ausland künftig auch von Frauen absolviert werden können.

Änderungen beim Beamten-Dienstrechtsgesetz [\(940 d.B.\)](#)

Änderungen beim Dienstrecht der BeamtInnen, der RichterInnen und StaatsanwältInnen, der LehrerInnen etc. beinhalten vor allem technische Anpassungen, die sich aufgrund der Besoldungsreform ergeben. Außerdem wurde der Gehaltsabschluss beschlossen – die Bezüge der Beamten werden 2016 um 1,3 Prozent angehoben.

Wahlrecht – Erleichterungen für Wahlkarten-WählerInnen [\(943 d.B.\)](#)

In Zukunft wird es bei allen Wahlen möglich sein, eine Wahlkarte in jedem beliebigen Wahllokal abzugeben. Um die Wahrung des Wahlheimnisses zu garantieren, werden diese Wahlkarten zusammen mit konventionellen Stimmzetteln, die außerhalb des Regionalwahlkreises abgegeben wurden, an die Landeswahlbehörde übermittelt und gemeinsam am Donnerstag nach der Wahl ausgezählt.

Neue Regeln für die Vergabe stärken heimische Wirtschaft [\(944 d.B.\)](#) – s. Top-Themen

Außen- und Europapolitischer Bericht 2014 [\(III-220/924 d.B.\)](#)

Der Außenpolitische Bericht stellt ausführlich die internationalen Entwicklungen und die Politik der Europäischen Union im Jahr 2014 aus österreichischer Sicht dar. Inhaltliche Schwerpunkte waren u.a. die Bemühungen Österreichs zur EU-Integration des Westbalkans. Inhaltliche Schwerpunkte sind u.a. die Mitwirkung Österreichs in den einzelnen Politikfeldern der EU einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sowie Österreichs Rolle in den Vereinten Nationen.

Einspruch gegen den Beitritt Tadschikistans zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung [\(925 d.B.\)](#)

Österreich erhebt Einspruch gegen den Beitritt der Republik Tadschikistan zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung, da aus Sicht der österreichischen Botschaft in Astana die Urkundensicherheit aufgrund der hohen Korruption nicht gegeben ist.

Österreichs Unterstützung für eine rasche, zukunftsfähige und friedliche Regelung des Syrien-Konflikts [\(926 d.B.\)](#)

Der Entschließungsantrag geht auf die aktuelle Situation in Syrien ein. Österreich soll den mit den Gesprächen in Wien begonnenen Prozess zur friedlichen Regelung des Syrien-Konflikts aktiv unterstützen und sich auch für eine Umsetzung des Plans einsetzen, der vorsieht, alle international relevanten sowie innersyrischen Akteure außer den IS an einen Tisch zu bringen. Außerdem soll sich die Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass international keinerlei Geld- und Waffenlieferungen an den IS oder andere terroristische Gruppen erfolgen. Der Antrag setzt sich auch für ein breites Hilfsprogramm für die Menschen im Irak und in Syrien unter Führung der UNO ein, das den Menschen vor Ort Hoffnung und Perspektive gibt.

Humanitäre Versorgung und Wiederherstellung der Sicherheit in Shingal und Kobanê herstellen [\(927 d.B.\)](#)

Der Nationalrat thematisiert in diesem Antrag die humanitäre Situation in der nordirakischen Stadt Shingal und der nordsyrischen Grenzstadt Kobanê. Er fordert den Außenminister auf, sich für den Schutz der Zivilbevölkerung (unter anderem vor Mienen und Sprengfallen) einzusetzen. Ebenso soll eine ausreichende humanitäre Versorgung zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Themen

Bundeskanzler Faymann: Unterstützung für Flüchtlinge in ihrer Region

Rund 2,5 Millionen Flüchtlinge sind derzeit in der Türkei. Diese **Menschen vor Ort zu unterstützen**, muss im Vordergrund der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei stehen, betonte **Bundeskanzler Werner Faymann** in der **Fragestunde des Nationalrats**. "Nur durch die Unterstützung vor Ort lassen sich die zur Verfügung gestellten Mittel effizient einsetzen und nur so können wir direkt an die Wurzel des Problems gelangen. Damit würden sich auch die **Flüchtlingszahlen reduzieren**. Und für jene, die bei uns sind und einen positiven Bescheid vorweisen, geht es um eine **rasche Integration**."

Reden

Rede vom 10.12.2015 anlässlich einer Kurzdebatte zu EURATOM

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Damen und Herren! In einem Punkt gebe ich meinem parlamentarischen Vorredner recht: Der Stil der vorliegenden Antworten wirkt etwas kurz angebunden, aber deswegen gleich den Vorwurf der Geheimniskrämerei zu erheben, halte ich dann doch für etwas überzogen. Einen großen Teil der Information kann man eben – wie Sie selbst gesagt haben – im Internet finden, und auch die Zusammensetzung von Räten und Ratsarbeitsgruppen der EU ist kein Geheimnis, sondern sehr transparent. Außerdem bin ich mir sicher, dass der Bundesminister immer ausreichend informiert wurde und informiert wird und er uns das auch immer weitergegeben hat. Und sollte es dann noch Fragen geben, dann denke ich, wird er sie sicher in einem der nächsten Ausschüsse auch beantworten. *(Ruf bei der FPÖ: Na eben nicht!)*

Der Vorwurf der Geheimniskrämerei greift deswegen auch zu kurz und ist verwunderlich, weil wir doch in den letzten Jahren eine ganze Reihe von intensiven und offenen Diskussionen zum Thema EURATOM und Atomenergie im Allgemeinen hatten, sowohl hier im Plenum als auch im Umweltausschuss, der dafür zuständig ist. Erst im Mai haben wir ausführlich darüber geredet, es fand sogar ein Hearing mit ExpertInnen statt. Dort wurden die politischen und die rechtlichen Möglichkeiten debattiert, wie wir eine Neuausrichtung des EURATOM-Vertrages vorantreiben können.

So soll sich die Europäische Atomgemeinschaft auf die Sicherheitsaspekte konzentrieren und die Mitgliedstaaten vor allem beim Ausstieg aus der Atomkraft unterstützen, was wir ja alle befürworten. Wir waren uns alle einig, dass es keine Bevorzugung von Kernenergie in der EU geben darf.

Sowohl letztes Jahr im Oktober als auch in diesem Mai haben wir im Plenum alle gemeinsam eindeutig Position bezogen und den europaweiten AKW-Ausstieg gefordert. In einem gemeinsamen Antrag haben wir uns darauf geeinigt, erstens alles zu unternehmen, um einen weiteren Ausbau der Atomenergie in Europa zu verhindern, zweitens den europaweiten Atomausstieg voranzutreiben, so gut wir das können mit aller Kraft, und drittens die Arbeit der entsprechenden Gremien weg von der Atomenergie hin zur erneuerbaren Energien auszurichten.

Was unsere Position im Parlament angeht, kann von Geheimnissen keine Rede sein, und auch die Position der Bundesregierung ist eindeutig. (*Abg. Neubauer: Dann sagen Sie doch, wer die Delegierten ... sind, wenn Sie eh alles wissen!*) In den vergangenen Jahren hat es eine klare Haltung Österreichs auf allen Ebenen gegeben – das hat der Herr Minister auch schon teilweise erwähnt –: für eine Neuausrichtung des EURATOM-Vertrages, für einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie, für eine klare Ablehnung der Förderungen von Hinkley Point C und für die Förderung und das Vorantreiben erneuerbarer Energien.

Ich möchte an dieser Stelle auch den Ausstieg beziehungsweise die Ablehnung von Nuklearwaffen erwähnen, wozu Österreich einen ganz wesentlichen Beitrag leistet. Sie sehen, wir konnten bisher immer auf einen breiten Konsens in der Regierung, hier im Parlament und auch in der Bevölkerung bauen, und das, denke ich mir, ist unsere Stärke, denn Österreich hat einen guten Ruf in Europa, weil wir ganz klar und eindeutig als Gegner der Atomkraft auftreten.

Ich verstehe deswegen nicht, werte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, warum Sie diesen Konsens hier verlassen wollen, gerade jetzt, wo sich in Europa hoffentlich energiepolitisch etwas bewegt. Und ich glaube, wir sollten all unsere Kraft verwenden, um zu einer neuen Energiepolitik in Europa zu kommen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Wöginger.*)

Rede vom 10.12.2015 zum außen- und europapolitischen Bericht 2014

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Der Außen- und Europapolitische Bericht 2014 bietet wieder einen kompakten und guten Überblick über die außenpolitischen und europapolitischen Geschehnisse. Dafür möchte ich den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Außenministeriums danken, denn trotz etlicher Kürzungen in den letzten Jahren wurde in vielen Bereich wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Ich möchte ein Beispiel nennen, nämlich den Bereich der nuklearen Abrüstung. Da hat Österreich in den letzten Jahren wirklich eine führende Rolle gespielt und dazu

beigetragen, gemeinsam mit Hilfe der Zivilgesellschaft den Druck auf die Atommächte zu erhöhen.

Der Bericht geht sehr stark auf die Krisen in der Ostukraine und in Syrien ein. Er schildert, wie wichtig die OSZE für die Ukraine Krise ist, aber auch, wie sehr die OSZE unter der Spaltung ihrer Mitglieder leidet. Ich kann das von meinen Erfahrungen in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE leider nur bestätigen. Österreich muss seinen richtigen Kurs fortsetzen, nämlich deeskalierend und im Sinne der engagierten Neutralitätspolitik.

Wir brauchen mehr Brücken und weniger Gräben in Europa, wir brauchen mehr Kommunikation und Austausch und weniger Blockbildung. In diesem Sinne sollten wir uns gut auf den OSZE-Vorsitz im Jahr 2017 vorbereiten. Da werden wir entschieden dafür kämpfen müssen, Blöcke und Konfrontationen zu überwinden und die umfassende Erneuerung der gemeinsamen europäischen und globalen Sicherheitsarchitektur voranzutreiben. Wir von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE werden da sicher einen Beitrag dazu leisten.

Ein Wort noch zum anderen großen Konflikt, jenem in Syrien und im Irak: Auch da werden wir als militärisch neutrales Land für Europa eine wichtige, aber nicht sehr leichte Rolle spielen können und müssen. Um Daesh zu besiegen, muss wohl auch militärisch eingegriffen werden, aber solche Kampfeinsätze drohen immer, ihre eigene Dynamik und Logik zu entfalten und sich auch zu verselbstständigen.

Unsere Aufgabe muss es nun sein, dem entgegenzuwirken. Wir werden darauf achten müssen, dass wir die Balance halten, wir werden darauf achten müssen, dass das wichtige diplomatische, zivile und humanitäre Engagement der EU nicht von militärischen Operationen dominiert oder gar verdrängt wird.

Unerlässlich für den Frieden und für mehr Gerechtigkeit weltweit und für eine auf Menschenrechten basierende Politik basierend, auch bezüglich friedensstiftender und friedenserhaltender Maßnahmen, sind die Vereinten Nationen.

Ich bringe daher folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Reinhold Lopatka, Mag. Christine Muttonen, Dipl-Kffr. Elisabeth Pfurtscheller, Kollegen und Kolleginnen betreffend „70 Jahre Vereinte Nationen – verstärktes Engagement für den Frieden“

In diesem Antrag fordern wir die Regierung auf, die Vereinten Nationen auf allen Ebenen zu stärken, zu unterstützen und ins Zentrum unseres außenpolitischen Handelns zu stellen. Es wäre wünschenswert, wenn im siebzigsten Jahr des Bestehens der UNO möglichst alle Parteien diesem Antrag zustimmen würden. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Muttonen: UN bei Engagement für den Frieden verstärkt unterstützen](#)
(11.12.2015)

[Nationalrat – Muttonen: Kräfte für energiepolitische Wende bündeln](#) (10.12.2015)

[Muttonen zum Internationalen Tag der Menschenrechte: Systematischen Einsatz von sexueller Gewalt bekämpfen](#) (09.12.2015)

Präsidium der OSZE-PV diskutiert die Flüchtlingsfrage



Am 2. Dezember war ich in Belgrad, um an der Präsidiumssitzung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilzunehmen. Das beherrschende Thema, das wir gemeinsam mit dem serbischen Außenminister und OSZE-Vorsitzenden Ivica Dacic diskutiert haben, war dieses Mal

die Flüchtlingssituation in Europa. Dabei haben wir verschiedene Aspekte der Flüchtlingsfrage besprochen, etwa dass die Aufgabe in Europa besser verteilt werden muss, wie die Fluchtursachen angegangen werden können und in welcher Beziehung Migration und Sicherheit zu sehen sind. Das Thema wird auch auf der Wintertagung der OSZE-PV im Februar in Wien ausführlich debattiert werden.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at